

## **Rede zu den Haushaltsberatungen Gemeinde Rosendahl 2011:**

4. Entwurf  
Stand 10.04.2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Rates, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum zweiten Mal nimmt heute die FDP Fraktion im Rat der Gemeinde Rosendahl die Gelegenheit wahr zu einem Hauhaltentwurf dieser Gemeinde offiziell Stellung zu nehmen.

Ungeachtet der bereits erfolgten Diskussion zu diesem Haushalt, die wie in jedem Jahr, kontrovers und auch zum Teil emotional geführt wurde, möchte ich auch in diesem Jahr im Namen der gesamten FDP Fraktion meinen Respekt und meinen Dank an den Herrn Bürgermeister und die Verwaltung der Gemeinde Rosendahl, und hier insbesondere gegenüber dem Kämmerer, zum Ausdruck bringen. Sie haben in diesem Jahr einen übergroßen Arbeitsanfall, verstärkt durch die überraschenden Entscheidungen der Landesregierung zu den Zweckzuweisungen an die Gemeinden, zu schultern und zu bewältigen gehabt.

Nun aber zum Haushalt selbst:

Für uns Liberale in Rosendahl stellt der Haushaltsentwurf 2011 in der jetzigen Form eine Fortsetzung des letztjährigen Haushaltes bei geänderten Rahmenbedingungen dar. Daher besteht auch die letztjährige Kritik an den Grundsätzen der Gemeindeführung und der Haushaltsgestaltung fort.

Ich möchte die Gründe, die im letzten Jahr zur Ablehnung des Haushalts geführt haben nicht noch einmal ausführlich wiederholen, aber im Kern richtet sich die Kritik der FDP in Rosendahl, wie gehabt, gegen grundlegende Vorgehensweisen der Verwaltung der Gemeinde Rosendahl im Rahmen der Bewältigung ihrer Aufgaben, die sich im Haushalt niederschlagen.

1. Die Gemeinde Rosendahl nimmt nach wie vor ohne Not Funktionen wahr, die privat besser und kostengünstiger zu organisieren wären. Immer noch wird die Vermarktung von Neubaugrundstücken für Wohnzwecke in Rosendahl durch ein kommunales, also staatliches Handeln erledigt. Dies kostet Geld, - zumindest in Form eines entsprechenden Stellenanteils im Stellenplan, und natürlich für die gemeindliche betriebene Beschaffung, Bepflanzung und Vermarktung dieser Grundstücke. Außerdem erfordert diese Vermarktungsstrategie eine erhebliche, wohl im Ergebnis kreditfinanzierte Kapitalbindung in derzeit nur schwer verkäufliche Grundstücke. Diese Belastung ist verzichtbar und kann über smarte Vermarktungsstrategien ersetzt werden.
2. Die Ausgabendisziplin hinsichtlich bewilligter Projekte ist mangelhaft. Dies ist im Laufe des vergangenen Jahres in einer Vielzahl von Diskussionen im Rat und in den Ausschüssen immer wieder thematisiert worden. Die Zahl der Ausgabenüberschreitungen bei den Kernprojekten des letzten Jahres ist zu hoch. Ich nenne hier die Reizthemen Ärztehaus, Schulmensa und Jugendhaus.  
Wir können alle Argumente des Herrn Bürgermeisters und der Verwaltung durchaus nachvollziehen und sind sicher, dass nicht alle Eventualitäten bei der einzelnen

Projektdurchführung immer berücksichtigbar sind. Dies kann jeder aus seiner privaten Erfahrung sicherlich bestätigen. Der Eindruck, dass bei den Planungen gewünschter Projekte und den letztlich hieraus resultierenden Ratsvorlagen, verwaltungsseitig Kosten generell nach unten interpretiert und damit besser verdaulich für die Mitglieder des Rates gemacht werden, bleibt; und damit auch der schale Nachgeschmack des Gefühls mal wieder vorgeführt worden zu sein. Derartige Haushaltsansatzüberschreitungen belasteten und belasten den Haushalt nicht erst seit gestern, ich erinnere an die immensen Kosten für das schöne Rathaus, in dem wir heute sitzen.

3. Wir leisten uns Dinge, die wir uns eigentlich nicht leisten können. Ich will hier auf Diskussion über die Errichtung der sog. Generationenparks, deren Realisierung wir so nicht zustimmen konnten, verweisen. Nice to have, wie man Neudeutsch zu sagen pflegt, aber ein must have? Hinzu kommt auch hier, dass die Projekte letztlich auch zusätzliche Aufwendungen erfordern, die bei der Beschlussfassung für den Rat nicht erkennbar waren.
4. Probates, erprobtes und gern gewähltes Mittel zur Behebung von Haushaltlücken sind dann immer wieder gern die kommunalen Steuern. Die erste Erhöhung für 2011 erfolgte im Schnellverfahren auf Drängen des Bürgermeisters unter Rückgriff auf das Konsolidierungskonzept 2010 bereits im Dezember ohne Kenntnis über die Höhe von Kreisumlage und Zweckzuweisungen. Was man hat, hat man eben. Steuererhöhungen als Mittel zum Ausgleich gegen unnötiges, unnötig teures und überflüssiges „Sich-Leisten-wollen“? Nein, nicht mit uns. Wir haben uns daher bereits zum Haushaltssicherungsverfahren 2010 und auch bei den Steuererhöhungen vom Dezember verweigert. Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen, keine Steuererhöhung mit der FDP, solange noch irgendein Sparpotential existiert.

Dieser kurze Abriss von aus unserer Sicht zu vermeidenden Entscheidungen und der daraus resultierenden vermeidbaren Schaffung von Haushaltsproblemen wäre der Hauptansatz der Kritik der FDP Fraktion bei normalen Haushaltsberatungen gewesen.

Lassen Sie mich hier anmerken, dass der ursprüngliche Haushaltsentwurf unter Berücksichtigung der genannten Kritikpunkte und bei entsprechenden Anpassungen unsere Zustimmung hätte erhalten können. Unsere hausgemachten Probleme sind aus unserer Sicht handhabbar und hätten durch Maßnahmen wie die Einführung eines Sparforums für Bürger oder einer Ausgabenkommission sich zumindest teilweise lösen lassen können.

Seit Weihnachten 2010 stellt sich die Situation aber völlig anders dar.

Die Rot – Grüne, Rot tolerierte Minderheitsregierung in Düsseldorf hat alle Bemühungen der überwiegenden Anzahl der Münsterlandgemeinden auf den Kopf gestellt.

Wirtschaftlich vernünftiges Handeln, eine nicht auf Großunternehmen zentrierte und damit krisenanfällige Ansiedlungspolitik, der Verzicht auf unwirtschaftliche Schwimmpopern und prestigeträchtige Konzerthäuser wird nunmehr durch das herunterpegeln von Zweckzuweisungen des Landes bestraft.

Die selbstverschuldeten Strukturschwächen und die auch daraus resultierenden hohen Ausgaben für staatliche Transferleistungen wie das Arbeitslosengeld II in den Ruhrgebietsstädten werden

unter dem Deckmantel des Ausgleichs eben dieser Leistungen bei den Zweckzuweisungen bevorzugt. Dafür nimmt man in Düsseldorf in Kauf, dass hier im Münsterland das Licht ausgeht.

Bei aller angemessenen Kritik an den politischen Entscheidungen der hiesigen politischen Exekutive, die mitursächlich für die finanzielle Lage in Rosendahl sind, die jetzige Situation ist im Wesentlichen nicht hausgemacht!

Hier wird in Düsseldorf in reinrassiger, und hier dem Wortsinn mal richtig verstandener Klientelpolitik, Geld mit der Gießkanne über diejenigen ausgeschüttet, von denen man die meisten Wählerstimmen bei den offensichtlich beabsichtigten Neuwahlen erwartet. Geopfert wird dafür das hohe Gut der selbstverwalteten Kommune.

Art. 28 des Grundgesetzes hat nicht ohne Grund das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden festgeschrieben. Als Schutzmechanismus vor dem totalitären und zentralistischen Weltbild des dritten Reiches sind die Zuständigkeiten und Kontrollmechanismen des Grundgesetzes von den Müttern und Vätern desselben statuiert und fein austariert worden.

Selbstverwaltung setzt aber eine berechenbare und ausreichend bemessene finanzielle Grundausrüstung der Kommunen voraus. Dies ist nun endgültig nicht mehr gewährleistet. Eine Gemeinde ohne Mittel ist nicht mehr souverän in der Entscheidung über ihr Handeln. Sie wird degradiert zum reinen Ausführungsorgan zentralstaatlichen Handelns, nämlich der Vollziehung von Bundes – und Landesgesetzes ohne eigene Entscheidungsgewalt über ihr Schicksal.

Eine Gemeinde die keinerlei monetäre Bewegungsmöglichkeiten mehr hat verliert die Kontrolle über vor Ort gewünschte und notwendige Impulse durch Investitionen und Entscheidungen für eine zukünftige Positiventwicklung. Dann ist die Gemeinde nur noch Anhängsel des Zentralstaates, aber nicht mehr Keimzelle desselben.

Die kalte Entziehung des gemeindlichen Selbstbestimmungsrechts ist auch mit den Mitteln der Gemeinde nicht mehr aufzufangen. Insbesondere die wohl überwiegend gut und ehrlich gemeinten Sparvorschläge, die in den letzten Wochen in die Rats - und Ausschussberatungen eingebracht wurden, könnten bei vollständiger Umsetzung den Ausfall der Landesmittel nicht ausgleichen. Vom Einsparvolumen her wirkten daher Sparvorschläge wie das Einstellen des Neujahrempfangs eher hilflos und öffentlichkeitswirksam bemüht.

Daher vollzieht sich der Systemwandel in der Gemeinde Rosendahl von der kommunalen Selbstbestimmung hin zur zentralstaatlichen Auftragsagentur sich hier und heute.

Bei allen Bemühungen des Herrn Bürgermeisters und insbesondere des Kämmerers um einen irgendwie noch Zustimmung- und genehmigungsfähigen Haushalt – hier ist die Grenze überschritten, bei der die gewählten Vertreter einer Kommune ihre Ohnmacht über die Entmachtung mit dem Mechanismus der Selbstentmachtung zustimmen können.

Eine Zustimmung zu diesem Haushaltsentwurf unter den geänderten Vorzeichen, der ja nicht nur den Haushalt 2011 beinhaltet, sondern über das Haushaltssicherungskonzept auch die Pflöcke für die Folgejahre in den Boden klopft, kann unter diesem Aspekt keine Zustimmung erteilt werden,

Zum einen ist dieser Haushalt 2011 trotz der mittlerweile vollzogenen Steuererhöhungen und

trotz der enormen beabsichtigten Steuererhöhungen für die Folgejahre, aufgrund der wegbrechenden Landesfinanzierung und ungepolstert mit einer Vielzahl von Risiken ausgestattet. Dies hat die Wirtschaftskrise 2009 /10 bewiesen!

Wie schnell ändert sich bei abflauernder Konjunktur oder gar bei einer echten Rezession die Finanzausstattung und alle Planung wird zur reinen Makulatur. Ich verweise hier beispielsweise auf die noch gar nicht absehbaren konjunkturellen Folgen von Fukushima oder die Auswirkungen der Aufwendungen zur Rettung des Euro.

Wesentliches Argument gegen diesen Haushaltsentwurf ist aber aus Sicht der FDP Fraktion die Signalwirkung einer Haushaltszustimmung nach Außen.

Eine Zustimmung zu diesem Haushalt signalisiert nach Düsseldorf genau das Falsche, nämlich, irgendwie machen wir weiter, und sei es um den Preis der Ausplünderung der hiesigen Finanz-Ressourcen, sprich den Taschen der Bürger und unter Verzicht auf jeden politischen Gestaltungsspielraum.

Eine Landesregierung die ohne mit der Wimper zu zucken mal eben für eine in jeglicher Hinsicht derzeit unsinniges, kostenfreies Kindergartenjahr 180 Mio., € plus den Betrag X, weil so genau weiß man das auch im zuständigen Ministerium nicht, auszugeben bereit ist, aber den Kommunen im Westmünsterland die Lebensgrundlage entzieht, verdient ein solches Signal nicht.

Und die Bürger von Rosendahl, die bewusst und sparsam auf die Prestigeobjekte der Ruhrgebietsstädte und Gemeinden wie teure Kulturtempel und Mammutschwimmbäder verzichteten und westfälisch bodenständig eine Gemeinde gebildet haben, verdienen es nicht zur Melkkuh Düsseldorfs zu werden.

Der Weg der landespolitischen Einflussnahme ist von vielen bereits beschritten worden, innerhalb der Parteien, aber auch auf der Ebene der betroffenen Kommunen und Kreise. Dies aber bisher ohne sichtbaren Erfolg. Alles Weitere werden wohl die Gerichte entscheiden müssen.

Daher bleibt nur als Zeichen des Protestes, bei allen Risiken und Unwägbarkeiten, zumindest derzeit und in der Hoffnung auf eine späte Einsicht in Düsseldorf, die Verweigerung der Zustimmung zum Haushalt.

Daher erfolgt, vielleicht im Hinblick auf die Mehrheiten in diesem Saal, nur symbolisch, hier heute eine Haushaltsablehnung durch die FDP Fraktion.

Ich bedanke mich im Namen der FDP Fraktion für Ihre Aufmerksamkeit!